

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Beilage oder deren Raum 25 Plz., Restame-
nte 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 276.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 26. November 1919.

Jahrgang 1

Das ist das Verden der heutigen Zeit.
Es fehlt ihr im Tiefsten: Ewigkeit!

R. E. Knott.

Polen.

I. Die auswärtige Politik.

Nach dem Zusammenbruch im vorigen Jahre ist die Meinung, welcher der größte Teil der Polen schon während des ganzen Krieges gegen uns gehegt hat, offen zu Tage getreten. Am 9. November 1918 wurden die Deutschen aus Polen vertrieben, und in diesem Jahre hat man zum Gedächtnis daran den 9. November als Feiertag begangen. Es wird immer klarer, daß die Polen auf den unglücklichen Ausgang des Krieges gut vorbereitet waren, daß sie wahrscheinlich sogar mit den Umständen in unserem Vaterlande in Verbindung standen und deshalb im gegebenen Moment den polnischen Aufstand in Szene setzen konnten. Nachdem am 6. November 1916 von den Mittelmächten die Selbständigkeit Polens proklamiert war, gab es in Deutschland eine große Gruppe von Illusionspolitikern, welche vor einem geschlossenen Mitteleuropäischen Reiche mit Einschluß Polens träumten. Der größte Teil der polnischen Nationalisten hat aber nie an eine Verständigung und Versöhnung mit Deutschland gedacht. Deshalb war es vor dem Friedensschluß so schwierig, in der polnischen Frage entscheidende und bindende Entschlüsse zu fassen. Die Feindschaft der Polen ist auch der Grund dafür, daß die erhoffte uns so dringend nötige Unterstützung durch ein polnisches Heer nicht zustande kam, weil die polnische Heeresorganisation damals trotz aller scheinbaren Anstrengungen nicht von Statten gehen wollte, während doch jetzt mit einem Male eine stattliche polnische Armee unter Waffen steht. Ganz dreist und offen wird es heute von polnischen Politikern ausgesprochen, daß man im Grunde niemals geneigt gewesen ist, auf die Seite der Mittelmächte zu treten und die von ihnen geschaffene Lösung der polnischen Frage als endgültig zu betrachten. Dr. Marjan Sejda, der Chefredakteur des „Kurjer Powszechny“ und Vetter des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten, hat sich über die Stimmung und Pläne der polnischen Nationalisten während des Krieges sehr deutlich geäußert. Er selbst hat seit dem März 1915 im Ausland für die Interessen der Polen gewirkt und hat vor einigen Monaten über seine Tätigkeit auf einer Versammlung in Polen berichtet. Er sagt u. a.: „Als die Deutschen das Königreich Polen ausriefen und einige Polen verkündeten, daß ganz Polen auf der Seite der Mittelmächte sei, sagten wir uns, daß es so nicht weitergehen könne, daß man dagegen auftreten müsse. Die Fahne der Solidarität mit der Entente wurde entfaltet, nur dem Schein nach neigten die Polen den Mittelmächten zu.“ Das Haupt der polnischen Agitation in Amerika war der im Hause des Präsidenten Wilson beliebte jetzige polnische Ministerpräsident Paderewski. In England wirkte für ein neu aufzurichtendes Groß-Polen der begabte Politiker Dmowski. Sie alle behandelten das polnische Problem als eine internationale Frage. Die dem polnischen Charakter eigene Vertiefenheit und Großspürigkeit, der ungebändigte polnische Chauvinismus und Dünkel, an dem das Reich in früheren Jahrhunderten zugrunde gegangen ist, stand wieder in üppigster Blüte. Man erstrebte ein Polen mit 30 Millionen Einwohnern, das umfassen sollte „das ganze preussische Teilgebiet, Oberschlesien, Westpreußen, Pommern, die Pinskier Sümpfe, Grodno, Wilna, Pinsk und das dahinter liegende Gebiet bis zur Beresina. Das Gebiet um Kowno, ein Teil des Gebietes Wilna, die Stadt und andere Teile des geographischen Litauens sollen ein selbständiges mit Polen verbundenes Land bilden.“

Diese Wünsche sind nun freilich von der Pariser Friedenskonferenz nicht erfüllt worden. Man hat dort ein neues Polen geschaffen, dem auch, was uns ja am meisten angeht, große Teile des ehemals deutschen Gebietes einverleibt wurden. Eine endgültige Entscheidung über die künftige Gestaltung der polnischen Republik ist freilich noch nicht gefallen. Fast an allen Grenzen des Reiches liegen Gebiete, welche noch heftig umstritten sind. Die polnischen Agitatoren sind stark an der Arbeit, um die maßgebenden Männer in Paris, London und Washington auf ihre Seite zu ziehen.

Daß sie dabei immer wieder Erfolge haben, läßt sich leider nicht verkennen. Die stärkste Unterstützung finden sie in Paris, während London und Washington den immer mächtiger werdenden polnischen Großmachtstauem allmählich etwas zu dämpfen suchen. Es ist schwer, über die Einwohnerzahl und die Größe Polens endgültige Angaben zu machen. Das Gebiet, welches mit ziemlicher Bestimmtheit den Polen zugewiesen wird, beträgt 262 000 Quadratkilometer mit 24½ Millionen Einwohnern. Auf die Eigenart unserer Atlanten, mit ihrer Verwendung verschiedener Maßstäbe ist es zurückzuführen, daß von dem Umfang der außerdeutschen Länder, zumal der östlichen, meist falsche Vorstellungen verbreitet sind. Das künftige Polen wird bestimmt mehr als halb so groß wie Deutschland werden. Es besteht aus: 1. Kongresspolen, 2. West- und Mittelgalizien, 3. Ostpolen (die Gebiete von Bialystok, Bialyst, Sokol, Brest-Litowsk, Wolhynien), 4. den vormals preussischen Gebieten und 5. Tschechien, welches jetzt schon unter polnischen Verwaltung steht, aber noch einer Volksabstimmung unterworfen werden wird. Strittig sind die Gebiete von Wilna und Grodno, weiß-russische Gebiete an der Ostgrenze und Ostgalizien mit Lemberg.

Paderewski ist kürzlich in Paris gewesen, um die polnischen Forderungen erneut auf der Friedenskonferenz zu vertreten, hat aber die gewünschten Resultate nicht erzielen können. Vor allem ist es ihm nicht gelungen, eine endgültige Entscheidung über Ostgalizien herbeizuführen. Den Polen wäre es am liebsten, wenn dieses Gebiet bedingungslos zu ihrem Staate geschlagen würde, damit sie eine eigene Grenze gegen Rumänien, dem ja die Bukowina einverleibt worden ist, erhielten. Die Franzosen unterstützen aus begreiflichen Gründen diese Wünsche. Amerika und England haben dagegen beschlossen, daß im erwähnten russischen Lande, auf welches neben den Polen auch die Ukraine Anspruch erhebt, eine Volksabstimmung stattzufinden habe. Die ostgalizische Frage ist dem Obersten Rat zur Entscheidung überwiesen worden.

Mit aller Macht drängen die Polen auch darauf hin, Oberschlesien vom Deutschen Reich abzutrennen. Daß sie mit ihrer skrupellos betriebenen Propaganda Erfolge erzielt haben, hat der Ausfall der am 9. November stattgehabten Gemeindevahlen gezeigt. Unsere Regierung hat über die bedingungslosen Resultate dieser Wahlen Erklärungen abgegeben, welche die besorgte Stimmung in Deutschland beschwichtigen sollen. Trotzdem werden wir, soweit das überhaupt noch in unseren Kräften steht, die äußersten Anstrengungen machen müssen, dies überaus wertvolle Gebiet dem Vaterlande zu erhalten. Daß die Entente selbst alle Hebel in Bewegung setzen wird, um es den Polen zu überweisen, geht schon daraus hervor, daß sie ganz wider alles Recht die Wahlen in Oberschlesien nicht anerkennt. Sie gibt damit einen Beweis, wie wenig sie jetzt schon die Autorität der preussischen Regierung in diesen Gebieten achtet.

Polen befindet sich noch immer im Kriege. Einen Teil seiner Truppen braucht es zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, einen Teil zum Schutz der Agitation in den strittigen Gebieten, der größte Teil der Armee steht im Kampf gegen den Bolschewismus. Nach polnischen Angaben beträgt die Stärke der Armee etwa 800 000 Mann. Weitere 400 000 können noch einberufen werden. Sie sind aber schlecht ausgerüstet und bedürfen dringend der Unterstützung vom Ausland. Vor einiger Zeit hatten die Polen im Osten bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Sie waren weit über das ihnen von der Entente zugewiesene Gebiet hinaus vorgedrungen und bedrohten die von Wittebsk über Mogilew nach Schitomir führende Bahn und damit die wichtigste Nord-Süd-Verbindung hinter der bolschewistischen Front. Auch gegen sie hat der Bolschewismus in letzter Zeit, wie an allen übrigen Fronten, bedeutende Erfolge zu verzeichnen gehabt. Die erwähnte Bahn ist wieder vollständig in ihrem Besitz, so daß es ihnen gelungen ist, auf ihr bolschewistische Verstärkungen zum Kampf gegen Denikin nach Süden zu werfen.

Aber trotz der neuerlichen Rückschläge auf Seiten der Polen, stehen diese noch immer weit jenseits der ihnen gezogenen Ostgrenze. Im Norden sind sie bis gegen Dünaburg vorgedrungen, im Osten stehen die Truppen etwa in der Linie Minsk, Pinsk, Kowno, ostgalizische Grenze. Wie weit das augenblicklich in ihrer Gewalt befindliche Gebiet ihnen

verbleibt, darüber wird die Friedenskonferenz zu entscheiden haben.

Die Führung der polnischen Politik liegt vorläufig noch bei den nationalen Parteien. Über das außerpolitische Programm des neuen Polenstaates hat sich der oben erwähnte Sejda folgendermaßen geäußert: „Die Rumänen natürlich Bundesgenossen, — die Tschechen möglicherweise, — Bereitschaft, mit Rußland in Freundschaft zu leben — festes Bündnis mit der Entente — möglichst starkes Polen zwischen Deutschland und Rußland — unser größter Feind ist Deutschland.“ Wenn nun auch derartige Maßlosigkeiten, welche die geographische Lage Polens gänzlich außer acht lassen, keine allgemeine Zustimmung finden, so sind sie doch ein Beweis, wie unmöglich es für uns ist, zu wirklich freundschaftlichen Beziehungen mit den Polen zu kommen. Als sich vor einigen Tagen der Ministerpräsident Paderewski in der Landtagsitzung über die polnische äußere Politik aussprach, hat er zwar über die polnischen Beziehungen zu Deutschland nicht ausdrücklich gesprochen, aber durch die dem heldenmütigen Volke in Oberschlesien gezollte Bewunderung bewiesen, daß auch er alles daransetzt, Eber-schlesien für Polen zu gewinnen, wodurch natürlich die Kluft zwischen uns und der polnischen Republik nur verbreitert wird. Wichtig ist es, daß auch er den Wunsch ausgesprochen hat, mit der Tschecho-slowakischen Republik in Freundschaft zu leben, während an einen Frieden mit Räte-Rußland für unmöglich hält. Rumänien wird auch von ihm als Bundesgenosse begrüßt. Die Enttäuschungen, welche Paderewski bei seiner letzten Reise in Paris erlebt hat, können der Anlaß zu einer gemäßigteren Politik werden. Es hat den Anschein, als sollten die großpolnischen Pläne etwas in den Hintergrund geschoben werden, um dadurch die polnischen Randstaaten, Litauen, Weißrußland und Ostgalizien versöhnlicher zu stimmen. Der neue Vertreter Polens in Paris, Rechtsanwalt Dr. Patel, gehört nicht der Partei Paderewskis, sondern den Mittelparteien an, welche den Chauvinismus der Nationaldemokraten nicht mitzumachen gewillt sind.

Bei aller Feindschaft, die bei unseren polnischen Nachbarn gegen Deutschland besteht, sind in letzter Zeit die deutsch-polnischen Verhandlungen doch zu gewissen Abschlüssen gekommen. Man hat sich über den Modus der Räumung nach Abschluß des Friedens geeinigt. Auch über die Weiterverwendung, die Entlassung und Behandlung der zu entlassenden Beamten hat man Vereinbarungen getroffen. In einem Wirtschaftsabkommen hat sich Polen gegen die Lieferung deutscher Kohlen zur Ausgabe von Kartoffeln und Petroleum verpflichtet. Ob es dazu freilich in der Lage sein wird, hat man nicht mit Unrecht bezweifelt, denn in Polen selbst herrscht große Lebensmittelmangel. Für Ostpreußen ist es von großer Bedeutung, daß auf Grund eines Vertrages die Durchführung Oberschlesischer Kohlen durch das von den Polen besetzte Gebiet gestattet worden ist. Nur auf diese Weise kann die an sich schon äußerst schwierige Brennstoffversorgung für das gänzlich isolierte Ostpreußen einigermaßen gesichert werden.

S. W.

Wilson.

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 12. November sprach sich Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich über Wilsons Handlungsweise wie folgt aus:

Graf Bernstorff hat dargelegt, daß Wilson die kommerziellen Beziehungen, die sich zwischen den Vereinigten Staaten und England besonders lukrativ gestalteten, nach der Erklärung des Obersten Hauses der Beobachtung der völkerrechtlichen Normen vorangestellt hat. Das war ein Bekenntnis einer schönen Seele, das unbedingt festgehalten werden muß, um zu beurteilen, ob eine für uns ausichtsreiche Friedensaktion Wilsons zu erwarten sei. Wilson führte das Völkerrecht auf den Lippen, ordnete aber alles dem Händlerinteresse unter. Das ist der Wilson, mit dem wir zu tun hatten.

Wir haben alles getan, was in unseren Kräften lag, um auch für die deutsche Sache in Amerika zu wirken. Zuerst ging Bernburg nach Amerika und dann schickte das Reichsamt des Innern seinen tüchtigsten Beamten, den jetzigen Unterstaatssekretär Albert, nach. Auch von privater Seite

geschah viel. Aber die Haltung Amerikas blieb gleich unfreundlich. Mit den deutschen Funkstationen in Amerika durften wir nur solche chiffrierte Telegramme wechseln, deren Schlüssel die amerikanische Regierung besaß. Im übrigen waren wir auf gelegentliche Gefälligkeiten der amerikanischen Regierung angewiesen, während die Entente auf ihren Kabeln, die doch auch auf amerikanischem Boden landeten, völlig ungehindert telegraphieren konnte. Auch die Bemühungen waren vergeblich, die amerikanische Geschäftswelt für uns zu interessieren. Man hat rühmend darauf hingewiesen, daß wir es nicht nötig gehabt hätten, in Amerika zu pumpen. Wir hätten gern Geld genommen, wenn Amerika Anleihen von uns aufgenommen haben würde. Die amerikanische Regierung tat nichts gegen die willkürliche Ausdehnung des Konterbandebegriffes durch England, sie erhob auch keinen Anspruch, als England völkerrechtswidrig die Baumwolle auf die Konterbandeliste setzte. Alles, was sich England herausnahm, wurde stillschweigend ertragen. Die Zwangslage für Wilson war selbst verschuldet. Die Munitionslieferungen waren völkerrechtlich vielleicht zweifelhaft. Nicht zweifelhaft waren sie für Wilson, der während des mexikanischen Bürgerkrieges die Munitionsausfuhr verboten hatte, weil sie praktisch nur einer Partei zugute gekommen wäre. Damals wandte sich Wilson selbst gegen die papierne Neutralität, im Weltkrieg aber entschied er sich für die papierne Neutralität, weil sie einseitig der Entente zugute kam. Diese papierne Neutralität hat den Krieg um Jahre verlängert und hat Millionen von Menschen getötet und zu Krüppeln gemacht. Warum tat Wilson das? Oberst House hat es dem Grafen Bernstorff gesagt: Wilson wollte das Geschäft nicht stören, das darin bestand, aus den Tränen Europas amerikanisches Gold zu münzen. Anstoß in der Friedensfrage kam von Amerika, nicht von uns. Schon am 11. April 1916 telegraphierte Bernstorff, daß Wilson in wenigen Monaten Frieden stiften möchte. Am 22. Juni erklärte Bernstorff, eine Friedensvermittlung Wilsons sei im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten. Im August sprach er von einigen Wochen; aber Wochen und Monate vergingen, die uns Ströme des besten deutschen Blutes kosteten, und Wilson tat nichts.

Wilson hatte uns immer wieder verhöhnt, schließlich war gesagt worden, er würde im Falle seiner Wiederwahl sofort die Friedensvermittlung eintreten lassen. Die Wiederwahl kam, aber wir hörten noch immer nichts von Wilson. Wir fragten beim Grafen Bernstorff fortgesetzt an, erhielten aber niemals eine bestimmte Antwort. Wir mußten uns aber entschließen, denn es bestand die Gefahr, daß der Zeitpunkt, der aus militärischen Gründen einer Friedensvermittlung günstig war, verpaßt würde. Auch Gerard brachte aus Amerika keinen bestimmten Bescheid mit. Nun ging der rumänische Feldzug zu Ende. Nach seiner erfolgreichen Durchführung dem Kriege ein Halt zu gebieten, lag in der Luft. Jeder fühlte, daß nun entweder zu Weihnachten die Friedensglocken läuten würden oder daß das Völkerringen eine entsetzliche Steigerung erfahren müßte, daß alle Mittel galten, selbst auf die Gefahr des Unterganges der europäischen Kultur hin.

Wir hatten erklärt, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, und diese Erklärung wurde dem Grafen Bernstorff vom Obersten House als höchst wertvoll bezeichnet. Wir waren der Ansicht, daß es möglich sein werde, die Mitwirkung des Präsidenten Wilson bei den eigentlichen Friedensverhandlungen darauf zu beschränken, daß er die beiden Parteien an einen Tisch bringe. Er aber ging in seinen Vorschlägen über von der Rolle des Claerinhouses zu der eines Schiedsrichters. Die Kollektionsnote der Entente vom 7. Januar zeigte, wohin die Friedensbestrebungen Wilsons eigentlich zielten. Die Botschaft Wilsons vom 22. Januar an den Kongreß enthielt nach Ansicht des Grafen Bernstorff nicht nur keine Zurückweisung der Kriegsziele der Entente, sondern eine Zensurierung der Friedensziele der Mittelmächte zugunsten der Entente. Damit waren die unerhörten Kriegsziele der Entente von Wilson bezeichnet, die für uns unannehmbar

waren. Es werden da die Forderungen der Entente scharf umrissen und die Bürgerschaften angegeben, die der Entente als unumgängliche Bedingungen für den Friedensschluß vorschwebten. Es hätte vom Berichterstatter auch der darauffolgende Satz erwähnt werden müssen, wonach Wilson sagt, daß ihm diese Bedingungen als friedensfördernd erschienen und daß man dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens nähergekommen sei. Diese Wertungen der Wilsonschen Botschaft waren für meine Haltung am 31. Januar ausschlaggebend. Aus diesen Vorgängen erklärt es sich, daß schließlich sich bei uns das Gefühl durchsetzte: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat!

In der Botschaft Wilsons war auch die Rede von einem einigen, selbständigen, unabhängigen Polen, gleich darauf sprach er von dem Weg zur See für alle großen Nationen — somit auch für Polen — und über die Regelung der Finanzgarantien, wie wir sie so herrlich durch den Frieden von Versailles bekommen haben. Für ein nicht niedergeschlagenes Deutschland waren diese Vorschläge unannehmbar. Graf Bernstorff hat auch bestätigt, daß Wilson keine Abnung von den Verhältnissen in Polen hatte. Hätte er sie gehabt, so würde ich ihn als den größten Kriegsverlängerer bezeichnen. Wenn er in dieser Situation am 22. Januar über unsern Kopf hinweg sich für ein einiges Reich gebot, so würde ich ihn als den größten Kriegsvor solchen Friedensvermittler bewahrt zu werden. Hinter der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das Gesicht des Wilson von Versailles.

Der Zerfall der „freien“ Gewerkschaften.

Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften waren von jeher so eng mit der politischen Sozialdemokratie verbunden, daß deren Zerfall in Richtungen naturnotwendig auch ein Auseinanderfallen der Gewerkschaften zur Folge haben muß. Der Kampf zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten wüthet schon seit Jahresfrist in den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Man hat die Einigkeit wieder herzustellen versucht durch den sogenannten „Neutralitätsbeschluß“ des letzten Gewerkschaftskongresses zu Nürnberg. Dieser besagt, daß die „freien“ Gewerkschaften parteipolitisch neutral sind. Selbstverständlich bezieht sich diese Neutralität nur auf die drei sozialdemokratischen Parteien, denn der Schlußsatz der Erklärung betont, daß die Gewerkschaften zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden müßten, „um den Kampf für den Sozialismus zum Sieg führen zu helfen.“

Der Neutralitätsbeschluß hat den Kampf der Richtungen um die Herrschaft nicht zu bannen vermocht. Immer tiefer wird der Riß. Die zahlenmäßig und finanziell stärksten Verbände leiden am meisten darunter. Im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband hatten die Unabhängigen gelegentlich der großen Streikunruhen im Ruhrrevier (April-Mai) schon fast Oberwasser. Die leitenden Vorstandsmitglieder stellten der Hauptversammlung ihre Ämter zur Verfügung. Aus der Begründung dieses Schrittes ist ersichtlich, daß die „Angestellten und Funktionäre des Verbandes aus den Belegschaftsversammlungen ferngehalten, niedergeschrien, beschimpft und bedroht“ wurden, „während unverantwortliche Schlagworthelden an der Zerstörung des Verbandes arbeiteten, um ihre politischen Zwecke zu erreichen.“ Die Hauptversammlung des Verbandes, die beziehungsweise nicht in einem Kohlenrevier, sondern in Bielefeld stattfand, hat zwar eine Mehrheit für den mehrheitssozialistischen Vorstand ergeben, jedoch die unabhängige Minderheit war bedenklich groß (etwa ein Drittel).

Der deutsche Metallarbeiterverband, mit

etwa 1½ Millionen die stärkste Berufsorganisation der Welt, ist völlig in den Händen der Unabhängigen. Die Verwaltungen der großen Städte Berlin, Leipzig, Bremen, Danzig, Stuttgart u. a. hatten der Generalversammlung schon vorgegriffen und teilweise die mehrheitssozialistischen Angestellten entlassen. Gleichzeitig wurden in mehreren Ortsverwaltungen Beschlüsse gefaßt, wonach in Zukunft nur Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei als Gewerkschaftssekretäre angestellt werden können. Die vom 13. bis 22. Oktober in Stuttgart stattgefundene 14. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes erbrachte den Beweis, daß die Unabhängigen eine erhebliche Mehrheit der Mitglieder auf ihrer Seite haben. Von 327 Delegierten stimmten 194 für den Unabhängigen und 124 für den bisherigen mehrheitssozialistischen Vorstand. Der Reichsarbeitsminister Schilde, der dem Verbande 28 Jahre an leitender Stelle diente, mußte weichen. Die unabhängige Mehrheit der Generalversammlung sprach sich in einer Entschließung gegen die Arbeitsgemeinschaft und für das Räteystem nach russischem Vorbild aus. Damit steht der Verband im schroffen Gegensatz zur Generalkommission der freien Gewerkschaften. Man darf gespannt sein auf die Stellungnahme der Generalkommission zu dieser Kampfansage der größten „freien“ Gewerkschaft. Daß die Generalversammlung von der Regierung die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland forderte, sei nur nebenbei erwähnt.

Der deutsche Textilarbeiterverband hat ebenfalls eine unabhängige Leitung. Die letzte Generalversammlung bekannte sich zum Sozialismus schärfster Richtung und wählte einen rein unabhängigen Hauptvorstand. — Auch der Zentralverband der Handlungsgehilfen steht ganz unter unabhängiger kommunistischer Einflus. — In anderen „freien“ Berufsverbänden haben die Unabhängigen zwar noch nicht die Mehrheit, aber ihre Anhängerzahl wächst dauernd. Die für Februar 1920 angelegte Generalversammlung des deutschen Landarbeitersverbandes wird zweifellos eine bedeutsame unabhängige Minderheit aufweisen. Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß fiel die radikal-unabhängige Stellungnahme der Vertreter des Landarbeitersverbandes allgemein auf.

Diese und andere Tatsachen lassen erkennen, daß der „Mauerriß“ in den „freien“ Gewerkschaften bereits weit vorgeschritten ist. Die stärksten Verbände stehen in ihrer Mehrheit auf unabhängigem Boden, und der übrige Teil ist hart bedroht. Der politische Kampf wird die freien Gewerkschaften weiter auseinander treiben. Das ist die Folge der parteipolitischen Bindung. Die christlichen Gewerkschaften, die erfreulicherweise in gutem Wachstum begriffen sind, haben diese parteipolitischen Kämpfe nicht durchzufechten, weil sie sich grundsätzlich keiner Partei verschrieben haben; ihre Neutralität in parteipolitischer Hinsicht ist echt und hat sich glänzend bewährt. Sched.

Die neuen Steuergesetze.

Die Reichsregierung wird der Nationalversammlung demnächst die bereits seit langem angekündigten drei Steuergesetzentwürfe über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landesbesteuerung unterbreiten. Die „Frankfurter Zeitung“ ist bereits schon jetzt in der Lage, die Grundzüge der neuen Gesetze zu veröffentlichen.

In dem Gesetzentwurf über die Reichseinkommensteuer wird, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, im einzelnen das festgelegt, was als steuerbares Einkommen zu gelten hat. Die steuerfreie Grenze beträgt 1000 Mark. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für die erste zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 300 Mark. Der Steuertarif selbst besagt: Die Einkommensteuer beträgt:

Aus dem Saargebiet.

Eine Leserin stellt uns nachfolgenden Brief zur Verfügung, der etwas von der Stimmung wiedergibt, wie sie in den besetzten Gebieten herrscht. Die Schreiberin sagt unter anderem:

Der französische Franken, unter dessen Konkurrenz wir hier besonders leiden, gilt über 4 M., der Schweizer 6,50 M. Das kann sich doch kaum ohne Katastrophe zum Besseren wenden! — Von allem andern möchte ich gar nicht reden! Man kann sich nicht denken, daß man je im Leben den Druck los wird! Schreibe mir aber doch bitte einmal, was Euro Zeitungen über das Saargebiet bringen! Ich glaube, im ganzen vergißt man uns oder beurteilt uns ganz falsch! Man soll rechtsrheinisch schlecht von uns denken, und ich kann Dir wirklich sagen, daß der Saarländer heute ein ebenso guter — wenn nicht z. T. besserer Deutscher ist wie vor einem Jahr. Lumpen, die für Franken zu haben sind, gibt es überall. Das Traurige ist nur, daß die Macht des Geldes heute so gewaltig ist, daß eine kleine Zahl solcher Gewinnsummen schon unsagbar viel Unheil anrichten können. Wenn z. B. in einem kleinen Ort wie hier in kurzer Zeit drei bessere Häuser mit mindestens 4 herrschaftlichen Wohnungen an Franzosen verkauft werden, während ebenso viel gebildete Familien, die von rechts wegen hier wohnen müßten, außerhalb bleiben müssen wegen Wohnungsnot, so liegen die traurigen Folgen auf der Hand. — Wie lange unser Haus in deutschem Besitz bleibt, wissen wir auch nicht. — Das einzige, was Ihr Rechtsrheinischen für uns tun könnte, ist, von uns zu erzählen, irrtümliche Meinungen zu berichtigen, auch in den Zeitungen mitzuteilen, was Ihr von uns hört. Hast Du nicht Verbindung mit einer Zeitung? Du weißt, daß ich als fremd Zugezogene, die sich oft schwer in die Bevölkerung fand, unparteiisch spreche.

S. Saar, 10. November 1919.

Frau Amtsgerichtsrat J.

Was man von den Bienen lernen kann.

Das ist wohl zweifellos, daß manch einfacher Bauer weit geschickter ist als die Gelehrten auf den Universitäten und die großen Politiker in den Parlamenten. Es mag den betriebsamen Herren nicht sehr schmeichelhaft sein, aber es ist nun mal so. Woher kommt das denn? Ja, sie haben so ihre eigenen Lehmeister, und zu diesen Lehmeistern gehören nicht nur die Bienen unter dem Himmel und die Lilien des Feldes, die Schafe auf der Weide, sondern auch noch viel unscheinbarere Wesen. Da habe ich gelegentlich auch sehr gute Vorlesungen gehört im — Bienenhaus. Und da unter den Lesern vielleicht manche sind, die ganz gut wissen, daß der Honig gut schmeckt, aber noch nicht in einen Bienenstock hineingesehen haben, möchte ich den guten Rat geben, gelegentlich auch diese „Hochschule“ zu besuchen. Ich will nur einiges andeuten, was vielleicht auch manchen unserer modernen Politiker, die unsere stolze Staatskarosse in den Gräben gefahren haben, zum Nachdenken bringt. In dem Bienenstaat ist eine wunderbare Ordnung. Die Tausende und Tausende von Bienen kriechen und fliegen und summen durcheinander, keine stört die andere, jede geht an ihr Geschäft. So ist es gewöhnlich. Aber du kannst auch an einen Bienenstock kommen, da läuft alles unruhig durcheinander, man merkt, die Sache stimmt dort nicht, die fleißigen Bienen werden träge, immer weniger Honig wird hereingetragen, und schließlich zerstören Motten den ganzen Bau, das Bienenvolk geht allmählich ein. Ja, was ist denn das? Nun, der Bienenwatter wird es dir auseinandersetzen, es fehlt an einem, sie haben keine „Königin“ mehr. Es ist eigentümlich, die Bienen gehen zugrunde, wenn sie kein Oberhaupt haben. Ja, das ist eine höchst eigentümliche Geschichte! Ob das anderswo auch so ist?

Aber noch etwas anderes. Die Bienen brauchen für ihre Arbeit Sonnenschein, sie müssen gutes Wetter

haben. Aber bei schlechtem Wetter sind sie auch nicht müßig. Sie sind geschäftig im Bau, es wird gereinigt und alles bereit gemacht, damit bei dem ersten Sonnenstrahl die Arbeit gleich wieder beginnen kann. Aber so ganz angenehm ist doch eine dunkle Zeit ihnen doch nicht, man behauptet, daß sie dann sehr stechlustig seien. Und ich glaube, daß wir die Erfahrung auch bei den Menschen machen. Die Gefahr ist, wenn es böse Zeiten gibt, daß die Menschen ganz besonders „stechlustig“ sind.

Eines Tages zeigte mir der „Professor der Bienenkunde“, bei dem ich lernte, einen Haufen toter Bienen vor dem Bienenstock. Was war denn da geschehen? Eine Drohnenschlacht. Sie wissen, die Drohnen das sind die „Arbeitslosen“, die lieber Arbeitslosen-Unterstützung haben als daß sie etwas tun. Da kommt es dann vor in dem Bienenstaat, daß es den Arbeitsbienen doch einmal zu bunt wird mit dieser Faulenzerei, und sie schleichen die Drohnen heraus. Ein sehr radikales Mittel, aber im Bienenstock geht es nun einmal nicht anders. Sie haben scheinbar noch den veralteten Grundsatz, der früher, als wir noch nicht solch einen Mauerstaat hatten wie jetzt, galt: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“

Wahrscheinlich haben viele unter den Lesern auf dem Lande noch allerhand solche Beobachtungen gemacht, die uns mehr Weisheit und Klugheit geben würden als viele Stubengelehrsamkeit. Zum Schluß fällt mir noch eins ein, was doch auch eine ganz eigene Beobachtung ist. Es kommt vor, daß in einem Bienenstaat anstatt der echten und rechten Monarchin ein Bastardkönigin den Staat regieren will. Sie besitzt nicht die richtigen Eigenschaften, sie legt auch wohl Eier, aber ihre Produkte taugen nichts. Und wenn da nicht rechtzeitig eine echte Königin eingesetzt wird, dann geht der Stamm daran zu Grunde, was wir uns alle freudlichst merken wollen.

Vohmann.

für die er
für die n
für die n
für die n

für die
2000

für die
3000

für die
5000

für die
10 000

für die
20 000

für die
30 000

für die
40 000

für die
50 000

für die
60 000

für die
70 000

für die
80 000

für die
90 000

für die
100 000

für die
110 000

für die
120 000

für die
130 000

für die
140 000

für die
150 000

für die
160 000

für die
170 000

für die
180 000

für die
190 000

für die
200 000

für die
210 000

für die
220 000

für die
230 000

für die
240 000

für die
250 000

für die
260 000

für die
270 000

für die
280 000

für die
290 000

für die
300 000

für die
310 000

für die
320 000

für die
330 000

für die
340 000

für die
350 000

für die
360 000

für die
370 000

für die
380 000

für die
390 000

für die
400 000

für die
410 000

für die
420 000

für die
430 000

für die
440 000

für die
450 000

für die
460 000

für die
470 000

für die
480 000

für die
490 000

für die
500 000

für die
510 000

für die
520 000

für die
530 000

für die
540 000

für die
550 000

für die
560 000

ufsorganisation der hängigen. Die Ver- Leipzig, Bremen, Generalversammlung der Reichs- und in mehreren nach in Zukunft gigen sozial- gewerkschaftssekretäre bis 22. Oktober in versammlung des achte den Beweis, Mehrheit der Mit- 327 Delegierten 124 für den bis- und. Der Reichs- ande 28 Jahre an Die unabhängige sich in einer Ent- meinschaft und hem Vorbild aus- genfah zur General- Man darf gespannt ommission zu dieser erschaft. Daß die ung die sofortige zu Sowjetrußland

r band hat eben- lehte Generalver- schärfster Richtung Hauptvorstand. — r Handlung- igt-kommunistischen sverbänden haben Mehrheit, aber ihre Februar 1920 an- deutschen Land- os eine bedeutsame f dem Nürnberger bhängige Stellung- erbandes allgemein

erkennen, daß der afsten bereits weit de stehen in ihrer der übrige Teil ist die freien Gewerks- s ist die Folge der ichen Gewerks- em Wachstum be- hen Kämpfe nicht seiner Partei ver- teipolitischen Sin- t. Ehed.

gesetze.

Nationalversamm- gem angeführte Reichseinkom- und die Landes- kfurter Zeitung" die Grundzüge e.

olge, im einzel- ares Einkommen enge beträgt 1000 erhöht sich für verpflichtigen zäh- weitere um 200 esagt: Die Ein-

biet.

n Brief zur Ver- bergibt, wie sie in eiberin sagt unter

n Konkurrenz wir schweizer 6,50 M.

oppe zum besten h gar nicht reden! n Leben den Druck

einmal, was Euro Ich glaube, im uns ganz falsch!

enken, und ich kann heute ein ebenso

schwer ist wie vor n zu haben sind, daß die Macht des

keine Zahl solcher Unheil anrichten Ort wie hier im

stens 4 herrschaft- werden, während

rechtswegen hier sen wegen Wohl-

auf der Hand. — bleibt, wissen wir

htschneidischen für ürige Meinungen

guteiten, was Ich it einer Zeitung? die sich oft schwer

eche.

tsgerichtsrat J.

für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	10 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	12 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens	13 v. H.
für die nächsten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens (u. bis 24 v. H.)	14 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 Mark (u. bis 29 v. H.)	25 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 Mark (u. bis 34 v. H.)	30 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 5000 Mark (u. bis 44 v. H.)	35 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark (u. bis 49 v. H.)	45 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 Mark (u. bis 52 v. H.)	50 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark	53 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark	54 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 40 000 Mark	55 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mark (u. bis 59 v. H.)	56 v. H.
für die weiteren Beträge	60 v. H.

Die Kapitalertragssteuer.

In dem Kapitalertragssteuergesetz wird bestimmt, daß von den Erträgen aus Kapitalbeteiligungen eine besondere sogenannte Kapitalertragssteuer erhoben wird. Als Kapitalerträge gelten alle Erträge ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe oder außerhalb eines solchen entstehen.

Die Steuer wird erhoben von Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstigen Gewinnen, welche auf Aktien, Beteiligungen, Anteile an Gesellschaften, an Bergbau treibenden Vereinigungen, an Gesellschaften mit beschränkter Haftung entfallen. Ferner gehören dazu: Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilhaberschaften ausgegeben sind, Zinsen und Renten von Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden, vererbliche Rentenbezüge, Zinsen aus Darlehen, aus Einlagen bei Sparkassen, Ban- ken und anderen Kreditanstalten. Auch Diskont- beträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel gehören hierher.

Von der Steuer befreit sind insbesondere die Kapitalerträge, die Unternehmen zufließen, welche der Anschaffung und Darlehnung von Geld dienen. Die Steuer beträgt in einigen Fällen 10, in anderen 20 vom Hundert des Ertrages. Ihre Hinterziehung wird mit Geldstrafe, wahrweise auch mit Gefängnis bedroht.

Das Landesbesenungsgesetz.

Das dritte Gesetz, das im Reichsfinanzmini- sterium fertiggestellt ist, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Grund- sätzlich wird darin bestimmt, daß die Steuerpflicht von Steuergebieten durch Reichsgesetz, die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ausschließt, wenn nicht reichs- gesetzlich ein anderes vorgeschrieben ist. Die Er- hebung von Zuschlägen zu Reichsteuern ist den Län- dern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nur auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung gestattet. Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichs- einkommensteuer, mit Ausschluß der Kapitalertrags- steuer, die dem Reich unverkürzt verbleibt.

Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteilen die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grund- sätzen zu beteiligen. Von dem Aufkommen aus dem Erbschaftsteuergesetz erhalten die Länder 20 Prozent, an der Grunderwerbssteuer sind die Länder mit 50 Prozent beteiligt. Von dem Aufkommen aus der Um- satzsteuer fallen den Ländern 10 Prozent zu. Die Gemeinden haben das Recht, eine Steuer vom dem- igen Mindesteinkommen zu erheben, das von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßt wird. Auch an der Grunderwerbssteuer und an der Umsatzsteuer sind die Gemeinden beteiligt.

Die Steuererhebungswürfe haben die Zustimmung des Reichsrates noch nicht erhalten. Es besteht die Möglichkeit, daß die Vorlagen auf Grund der Be- schlüsse des Reichsrates an einzelnen Punkten Ab- änderungen erfahren.

Produktive

Erwerbslosenfürsorge.

Eine Milliarde Mark Erwerbslosenunter- stützung in diesem Jahr.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Bespre- chung über die produktive Erwerbslosenfürsorge statt, in der ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wichtige Angaben für die weitere Behandlung dieser Frage durch die Regierung machte.

Es wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der wirtschaftlichen Notlage noch nicht an einen Ab- bau der Erwerbslosenfürsorge gedacht werden kann, daß aber diejenigen von der Fürsorge ausgeschaltet werden müßten, die bisher zu Unrecht Unterstützungen erhal- ten hätten. Mit Ablauf dieses Jahres wird eine Mil- liarde Mark für Erwerbslosenunterstützung ausge- geben worden sein. Eine zweite Milliarde wird bis zu dem genannten Zeitpunkt für die Unter- stützung der öffentlichen Arbeiten aus Reichsmitteln gezahlt werden. Es besteht nun die Ab- sicht, die Finanzierung solcher öffentlicher Notstands- arbeiten eng mit der Frage der Erwerbslosen zu ver- binden, wenn auch auch wiederum nicht verkannt wer- den soll, daß solcher produktiven Erwerbslosenfür- sorge ebenfalls noch Mängel anhaften.

Die erste Aufgabe muß vorerhand darin bestehen, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten besser auszu- nützen als bisher. Die zweite Aufgabe muß in der Lösung des Unterstützungsproblems liegen, besonders in Rücksicht auf Bergbau und Landwirtschaft. Dazu kom- men noch die Fragen der Bekleidung, der Beschäftigung und der Schaffung der Handwerkszeuge. Bei der Bil- dung neuer Arbeitsmöglichkeiten soll die Erwerbs- losenfürsorge anregend und fördernd wirken. Das soll

in Zukunft durch Zuschüsse geschehen, die im Verhält- nis zu der bisher gezahlten Erwerbslosenunterstützung vom Reiche geleistet werden. Als Empfängerkreise die- ser Zuschüsse kommen alle öffentlichen Verbände und Organisationen in Frage, desgleichen auch Arbeits- gemeinschaften. Weiterhin auch an Private Zuschüsse geleistet werden, bedarf noch der Erörterung. Festge- halten werden muß daran, daß der Zuschuß nicht als Zuschuß, sondern als Vorstoß geleistet wird.

Auf eine Frage gab Geheimrat Dr. Weigert be- kannt, daß die Zahlen der Erwerbslosen bis zum Oktober im Rückgang begriffen gewesen seien, daß sie sich jetzt aber wieder steigerten. Zurzeit werden 550 000 Erwerbslose unterstützt. Die Frage der Arbeitslosenversicherung wird demnächst Gegenstand der Besprechung mit den beteiligten Stellen sein.

Heftige Kämpfe im Baltikum.

Die deutschen Truppen von der Rückkehr nach Deutschland abgeschnitten.

Nach Meldungen von zuverlässiger Seite ist den baltischen Truppen jede Möglichkeit zur Rückkehr nach Deutschland abgeschnitten. Die Bahnlinien scheinen be- reits sämtlich in dem Besitz der Letten und Litauer zu sein. Es ist fraglich, ob es der immerhin noch ansehnlichen deutschen Truppenmacht gelingen wird, sich zu halten und nach Ostpreußen durchzuschlagen.

Mitau ist vermutlich geräumt. Beiderseits Mitau haben sich letzte Angriffe gegen die deutschen Trup- pen entwickelt. Die Bahn Mitau—Mursawo ist west- lich von den Letten unterbrochen. Der deutsche Pan- zerzug, der zum Schutze der Militäreisenbahndirektion im Baltikum geblieben war, ist entleert und verbrannt. Die Freikorps, die westlich Vaus standen, sind vom Westen und Süden her stark von Letten und Li- tauern angegriffen worden. Zu diesem Angriff haben die Letten die kurländische Division verwendet, die von der Bolschewistenfront herangezogen worden ist. Bei Meschule an der Strecke Radowitzsch—Laußgar- gen wurde der Eisenbahnzug Vermonds von den Li- tauern erfolglos angegriffen.

In der Gegend von Radowitzsch wird er- bittert gekämpft, und zwar stehen hier Teile deutscher Truppen unter Führung von Hauptmann Brandis im Kampf mit den Litauern. Tauroggen ist von regulären litauischen Truppen besetzt wor- den. Die Letten haben weiterhin in der Richtung Prekulen angegriffen. Die Bahn Prekulen—Majohren ist außer Betrieb. General v. Eberhardt befindet sich in Schaulen. Die Entente-Kommission hat sich nach Tauroggen begeben.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 22. November.

An Stelle des Abg. Volz (Ztr.), der sein Amt Schriftführer niedergelegt hat, wird Abg. Raden (Z.) gewählt.

Die Reichsabgabenordnung.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Ent- wurfes einer Reichsabgabenordnung ein, der 450 Pa- ragraphen umfaßt. Bei den einleitenden Vorschriften (§ 1 bis 7) findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Schneider-Franken (Ztr.) berichtet kurz über die Arbeit des Ausschusses.

Abg. Bohmann (Dem.): Die Bedeutung dieses Ge- setzes ist größer, als seine Überschrift vermuten läßt. Im Interesse der Reichsfinanzen muß die Vorlage möglichst bald verabschiedet werden. Die Reichsein- heit wird durch das Gesetz gefördert. Das Reich kann jetzt sein Steuerwesen stark über den Kopf der Län- der hinweg ordnen. Die Steuermoral wird man nicht durch drakonische Strafen, sondern nur durch gerechte Veranlagung heben. Keinem Strafrecht der Welt ist es möglich den Verfall aufzuhalten. Das allgemeine Gewissen ist auch das Steuergewissen. Daher wird man nicht durch drakonische Strafen, sondern nur durch gerechte Veranlagung die Steuermoral heben.

Abg. Vurlage (Ztr.): Der Gesetzentwurf soll uns die Garantie dafür geben, daß wir bei den erledigten und noch zu erledigten Steuererhebungen keine Enttä- schungen erleben. Im Interesse der Steuergleichheit müssen Büros, die zur Umgehung der Steuerzahlung Anleitung geben wollen, beseitigt werden. Wir sind mit dem Entwurf im Wesentlichen einverstanden.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Der Beweis, daß das Gesetz notwendig ist, ist erbracht. Es erscheint ge- boten, dem Reiche die Finanzverwaltung in die Hand zu geben, da für Einheitlichkeit in der Steuer- verfassung und Verwaltung gesorgt werden muß. Es wird daher unser Bestreben sein, den großen Besitz nach Gebühr heranzuziehen.

Abg. Dr. Düringer (Dnat.): Die Vorlage geht viel- fach über die Bestimmungen der Verfassung hinweg. (Hört! Hört!) Ein gewisser Widerstand, den die Vor- lage im Reichsrat gefunden hatte, ist überwunden worden. Durch die Reichsabgabenordnung wird den Einzelstaaten das finanzielle Rückgrat gebrochen. Große Kreise des deutschen Volkes glauben, dem Reichsfinanzminister ihr Vertrauen nicht schenken zu können, weil er bei den verschiedensten Gelegenhei- ten, wo er im Interesse des Reiches tätig war, keine glückliche Hand bewiesen hat, sich auch nicht auf einen Erfolg berufen kann. (Sehr richtig!)

Reichsfinanzminister Erzberger: Glauben Sie (nach rechts) nicht, daß ich mir wegen Ihrer Angriffe ein graues Haar wachsen lasse. Wenn ich die Deutsch- nationale Volkspartei, die Deutschland ruiniert hat, in die Opposition getrieben habe, so ist das schon eine Tat. Ich brauche die Verantwortung vor der Geschichte nicht zu fürchten. Die Reichsabgabenor- dung steht nicht im Widerspruch zur Verfassung. Von einem Kuhhandel mit den Finanzministern der Einzel- staaten ist keine Rede. Wenn von der Reichsfinanz- verwaltung Gutes geleistet worden ist, so ist das ge- gen die Deutsch-nationale Volkspartei geschehen.

Abg. Kemtes (D. Rp.): Das Gesetz bietet eine klare Uebersicht über die Steuerbestimmungen. Doch haben wir gegen eine Reihe Bestimmungen erhebliche Beden- ken. Der Paragraph über die Umgehungsversuche (§ 3) muß unbedingt geändert werden.

Abg. Schneider-Franken (Zentr.): Das Bedenken

wegen des angeordneten wegenjages der Vorlage zu ver- Reichsverfassung ist durch den klaren Beschluß der Nationalversammlung in Weimar erledigt.

Abg. Dr. Hagenstein (Soz.): Wir begrüßen den Weg zur Reichseinheit, der mit diesem Gesetz beschritten wird. Die Verpflichtung der Banken zur Anmeldung ihrer Konten ist notwendig.

Abg. Ludwig (Dem.): Das Gesetz muß so ausge- stellt werden, daß den Schiebern und Drückebergern das Handwerk gelegt wird. Es darf aber nicht Un- sicherheit in die Steuergesetzgebung hineingetragen werden.

Abg. Wirth (Zentr.) wendet sich gegen den Abg. Düringer.

Abg. Dr. Hagenberg (Dnat.): Wir stimmen gegen den Paragr. 5. (Umgehung der Steuerpflicht.) Wenn man Ungelehrte töten will, darf man den Leib nicht schädigen, an dem es sitzt.

Abg. Dr. Sohn (U. Soz.): Nur eine planmäßige sozialistische Wirtschaft kann uns retten; ein Marxisme auf dem Wege dazu ist vielleicht dieser Entwurf.

Minister Erzberger: Die Einnahmen des Reiches entwickeln sich in günstiger Weise. Wir dürfen mit einer Mehreinnahme gegenüber dem Voranschlag von einer Milliarde rechnen. Die Bedenken gegen Paragr. 5 verkenne ich nicht, aber wir müssen gegen die Steuer- schieber und die Kapitalflucht alle möglichen Mittel ergreifen.

Die Paragraphen 1—4 werden angenommen. Die Abstimmung über Paragr. 5 und die dazu gestellten Anträge wird ausgesetzt. Zu Paragr. 12 (Landesfinanz- ämter) befürwortet Abg. Stollen (Soz.) einen Abände- rungsantrag, wonach die Abgrenzung der Ämter durch Reichsgesetz erfolgen soll.

Abg. Böhmert (Dem.) stimmt aus Gründen der Zollverhältnisse in Bremen dem Antrag zu.

Minister Erzberger: Das bestehende Gesetz hat mich gehindert, meinen Willen durchzusetzen. Hamburg und Bremen müssen zur alten Höhe hinaufgeführt werden. Ich habe gegen den Antrag keinerlei Bedenken.

Die Abstimmung wird ausgesetzt. Weitere Pa- ragraphen werden ohne längere Besprechung in der Fas- sung des Ausschusses angenommen.

Minister Erzberger bemerkt zu Paragr. 14, daß die Zahl der deutschen Beamten nicht vermehrt werden dürfe.

Fortsetzung der Beratung am Montag. Vorher In- terpellation Arnstedt wegen Ernährungsfragen.

Deutsches Reich.

— Bis zur endgültigen Neuwahl des Vorsitzenden wird der stellvertretende Vorsitzende, Geheimrat Trimborn, den Vorsitz in der Zentrumsfraktion der Nationalversam- lung führen.

Der Parteivorstand der Unabhängigen hat be- schlossen, den schon zweimal verschobenen Parteitag für den 30. November, also für den nächsten Sonntag, nach Leipzig zu berufen.

In einem Stuttgarter Hotel, in dem die sich dort aufhaltenden Ententeoffiziere wohnten, führten einige Studenten in Couleur ein. Die Offiziere forderten die Stu- denten auf, das Hotel zu verlassen. Im Zusammenstoß zu vermeiden, wurde dem Verlangen der Offiziere Rechnung getragen.

Gegen den Kreisschulinspektor Hindrichs, der sich von den Franzosen in Höchst als Landrat hat einsezen lassen, ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienst- entlassung eingeleitet worden.

Durch neue Verfügung des französischen Minister- präsidenten und des Friedensministers ist der Generalleut- nant Wibel als Oberster Militärverwalter des Saar- gebietes ernannt worden. Er ist der Nachfolger des Ge- neralmajors Andlauer, der ein Jahr lang die obersten Mi- litärgeschäfte führte.

Der Räumungstermin für die Ostmark. Nach den Informationen der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau“ rechnet man im Berliner Auswärtigen Amt frühestens mit dem 10. Dezember als Tag des In- traktirens des Friedens, so daß dann Thorn am 18. Dezember und Bromberg am 21. Dezember über- geben werden dürften. Ob man aber die Räumung der abzutretenden Gebiete gerade in die Weihnachtsstage legen wird ist einigermaßen fraglich. Möglicherweise wird daher die Räumung erst nach Neujahr erfolgen.

Was

bringt die Deutsche Spar-Prämienanleihe ?

Jedes Jahr

Mk. 50.— Sparzinsen für ein Stück von 1000 Mark.

Jedes Jahr

25 000 Bonussgewinne von 1000 Mark bis 4000 Mark

Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich 50 000 000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Sparkassen und Genossenschaften.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in das Stöden geraten. Halbsamtlich wird gemeldet: Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben nach der Feststellung von Abkommen über die Räumung der abzutretenden Gebiete in militärischer und administrativer Hinsicht sowie über die vorläufigen Verhältnisse der deutschen Beamtenhaft und der wirtschaftlichen Beziehungen einen gewissen Abschluß erreicht. Ueber eine Reihe von Fragen ist ausführlich verhandelt, jedoch noch kein Ergebnis erzielt worden, das zum Gegenstande eines Staatsvertrages gemacht werden könnte. Namentlich hat sich gezeigt, daß über die Auslegung des Friedensvertrages verschiedene Anschauungen auf deutscher und polnischer Seite bestehen, so z. B. über die Begriffe des Staatseigentums, über die Behandlung der Optanten und über die Liquidationsrechte. Da die Auslegung des Friedensvertrages die Auseinandersetzung mit den maßgebenden Pariser Stellen voraussetzt, und sich augenblicklich mehrere deutsche Delegierte in Paris befinden, werden sich auch Mitglieder der polnischen Delegation, namentlich ihr Führer, der Unterstaatssekretär v. Wroblewski, in den nächsten Tagen nach Paris begeben, um dort die deutsch-polnischen Verhandlungen weiterzuführen. In Berlin wird u. a. der Unterstaatssekretär Seida zurückbleiben, um noch über einzelne Fragen, die mit der Auslegung des Friedensvertrages nichts zu tun haben, z. B. das definitive Beamtenabkommen, zu verhandeln.

Zur Hebung unserer Valuta. Im Reichswirtschaftsministerium haben in der letzten Zeit Besprechungen stattgefunden über Maßnahmen zur Hebung unserer Valuta. Das Ergebnis dieser Besprechungen zeigte sich in einer gewissen Geneigtheit der maßgebenden Stellen, zu dem Mittel von Ausfuhrzöllen zu greifen. Der Hauptverband der deutschen Industrie, der sämtliche maßgebenden Organisationen unserer Industrie umfaßt, war in Berlin versammelt, um die gleiche Angelegenheit zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen ist von großer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die diesem Hauptverband angeschlossenen Industrien haben sich sämtlich bereit erklärt, im Wege der Selbstverwaltung die Einfuhr und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Einfuhr im Auslande zu verhindern und dem Verschleudern deutscher Waren nach dem Auslande vorzubeugen.

Hindenburg und Ludendorff auf der Auslieferungsschiffe. Das Londoner Sensationsblatt „Daily Mail“ bringt die bis jetzt unbefätigte Nachricht, daß sowohl Hindenburg wie auch Ludendorff auf der Liste der Offiziere stehen, die ausgeliefert werden sollen, und zwar nicht nur wegen der grausamen Verwüstungen in Frankreich, sondern auch wegen ihrer Teilnahme an der Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und aller seiner Folgen. — Nach englischen Blättermeldungen besteht England auf dem Kaiserprozeß. Der englische Generalsstaatsanwalt lege seine Vorberathungen zu dem Prozeß in London angetrieben und eifrig fort. „Daily Telegraph“ sagt: Bisher sind gegen die praktische Möglichkeit eines Kaiserprozesses Zweifel geäußert worden. Die alliierten Juristen haben betont, daß es tatsächlich kein Gesetz gebe, nach dem der Kaiser abgeurteilt werden könnte. Ihnen ist jetzt geantwortet worden, daß der Friedensvertrag selbst das Gesetz schaffe, das bisher fehlte. Es ist die feste Überzeugung der britischen Regierung, daß der Friedensvertrag in seinem Umfange unberührt bleiben müsse und daß kein neuer Meinungsaustausch über die Frage der Kaiserverfolgung erlaubt sei.

Rundschau im Auslande.

Am 1. Dezember tritt in Brüssel eine Konferenz zusammen, die für den Völkerverbund tätig sein wird und auf der neben den Alliierten und Assoziierten auch die Neutralen vertreten sein werden.

Die Garnisonen in Mülhausen i. E., Straßburg und Metz sind durch schwarze Kolonialtruppen verstärkt worden, weil man Unruhen der Arbeiterklasse befürchtet.

Zwischen der englischen und der dänischen Regierung schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, während des Winters Kopenhagen zur englischen Flottenbasis für die Operationen in der Ostsee zu machen.

Volkshochschule

des Stadt- u. Landkreises Bielefeld.

VIII. Einzelvortrag

Die Abhärtung im täglichen Leben.

Dr. Hager in Bielefeld

Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule.

Karten für Mk. 1.— abends an der Kasse und in der Geschäftsstelle, Viktoriastraße 3a Dauerkarten sind gültig.

Ich kaufe nur Mittwoch, 26. November, von 2 bis 7 Uhr.

Alte Gebisse

Zahn bis 9, 20 und 50 Mark, (auch ganze alte und zerbrochene Teile), Platin, Brennstifte, Goldgebisse zum höchsten Tagespreis. Hotel zur Post Zimmer 6. J. Fobian.

Suche für meinen Sohn (13 Jahre, Quartaner)

Aufnahme

am liebsten in Lehrerfamilie, wo er unter strenger Aufsicht steht. Offerten unter E. D. an die Exped. des Auswärts.

Vervielfältigungs-Apparate

Farbbänder, Kohle- und Durchschlagspapier, Briefordner, Ablegemappen, Schnellhefter, Bohrer, Formulare, Kisten, Büromöbel, Klebstoffe, Blei- und Kopierstifte, Federn, Finte, Schreibzeuge, Bücher, Stempelstift und -farbe, Gelbkasseten und sonstige Kontorbedarfartikel liefert preiswert Theodor Lack, Bürobedarfartikel, Essen, Ruhr, Vangerwedestraße 8.

Suche für meinen Sohn, 18 Jahre alt, jetzt 1 Jahr als Eleve tätig, zu April od. früher gleiche Stellung auf mittelgr. Gut.

Am liebsten bei gläubigen tücht. Landwirt. Näheres nach Vereinkunft. Zollinspektor Otten, Bechta, Oldenburg.

Als schönstes Weihnachts-Geschenk eine prima Taschenuhr

zum Preise von nur Mk. 30.— einschl. Porto und Verpackung liefert sofort gegen Nachnahme Metallwaren-Hausfaktor Kleinhammer (St. Alena).

Die die „Chicago Tribune“ meldet, wurde der russische Vorkämpfer in Washington, Martens, wegen bolschewistischer Propaganda verhaftet. Mit ihm wurden noch hundert Mitglieder der kommunistischen Partei festgenommen. Wegen der Unruhen in Alexandrien ist in Ägypten der Belagerungszustand verhängt worden.

Kirche, Schule und Mission.

Sonderkursus zur Vorbereitung für den Religionsunterricht.

Der Christliche Volksdienst in Leipzig, dessen Religionslehrer-Seminar am 1. Oktober mit 2 Klassen ins Leben getreten ist, wird einen voraussichtlich sechsmonatlichen Sonderkursus (Februar bis Juli) zur Vorbereitung für kirchlichen Religionsunterricht abhalten. Die Klassen des Religionslehrer-Seminars werden erstmalig im Sommer 1921 voll ausgebildete Religionslehrer entlassen können. Es ist aber damit zu rechnen, daß schon vor diesem Termin hier und dort die Notwendigkeit kirchlichen Religionsunterrichtes sich ergeben kann. Vor allem wird erwünscht sein, daß gelegentlich Gemeindeführer, Gemeindeführerinnen usw. bei der Erteilung des Katechismus- und Religionsunterrichtes sich beteiligen, ebenso ist mehrfach von Brüdern und Schwesternhäusern der Wunsch ausgesprochen worden, den von ihnen ausgebildeten Kräften eine kürzere Spezialausbildung für den Religionsunterricht zuteil werden zu lassen. — Der Sonderkursus soll am 2. Februar 1920 beginnen. Als Teilnehmer kommen nur Männer und Frauen über 20 Jahre in Frage, die schon eine bestimmte fachliche Vorbildung mitbringen; es kann sich bei einem solchen kurzen Sonderkursus nur um eine Ergänzung einer solchen entweder nach der theologischen oder nach der pädagogischen Seite hin handeln. Über diese Vorbildung sind bei der Anmeldung genaue Angaben und Zeugnisse einzufenden. Der Sonderkursus wird etwa 20 bis 25 Wochenstunden in theologischen und katechetischen Fächern umfassen. Der Unterricht wird aus Raumgründen in der Hauptsache an den Nachmittagsstunden stattfinden. Zur Deckung der Unkosten wird ein Unterrichtsgeld von 150 M. erhoben. Anmeldungen sind bis 1. Januar 1920 an die Direktion des Christlichen Volksdienstes, Leipzig, Otto Schill-Straße 7, zu richten.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 26. November 1919.

Sädtischer Lebensmittelverkauf in der Woche vom 24. 11. bis 30. 11. 1919. Auf Marke 23: 100 Gramm Auslandsmargarine zu 2,38 M. Auf Marke 24: 50 Gr. Speisefett zu 60 Pfg. Auf Marke 25: 50 Gramm Pflanzenöl zu 1,35 M. Verkauf: Mittwoch, Donnerstag und Freitag in den städt. Butterläden. Auf Marke 1: 125 Gramm Rudein zu 1,10 für 1 Pfund. Verkauf: 26. 11. auf Kundenliste für Kolonialwaren. Auf Marke 2: 1 Brief Süßholz zu 50 Pfg. Verkauf: 26. 11. in den Bielefelder Apotheken. Auf Kartoffelumtauschkarte A 2: 21 Pfund Kartoffeln, 10½ Pfg. 1 Pfund. Verkauf: bis einschl. 25. 11. Auf Kartoffelumtauschkarte A 3: 14 Pfund Kartoffeln (Vorschuß für 30. 11. bis 13. 12. 1919), 10½ Pfg. 1 Pfund. Verkauf: 24. 11. 1919 in den bekannten Läden. — Fleisch und Wurst wird noch besonders bekanntgegeben. — Auf Magermilchkarte 6: Bis ¼ Liter, je nach Eingang, Magermilch, 50 Pfg. 1 Liter, in den bekanntgegebenen Zeiten in den städt. Butterläden.

Wichtig für Empfänger von Heeresbezüge. Es wird daran erinnert, daß die Zahlung der Heeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) für den Monat Dezember bereits am 29. November bei den zuständigen Postanstalten stattfindet. Die pünktliche Abhebung der Bezüge an diesem Tage ist durchaus erforderlich.

Bethel. (Vortrag.) Heute abend 8 Uhr hält Pastor J. v. Bodelschwingh einen Vortrag über „Die Aufgaben unserer Gemeinde für die neue Zeit.“ — Ein musikalischer Abend findet am Donnerstag um

½8 Uhr im Affapheum statt. Es wirkt u. a. der Chor der hiesigen Studenten mit. — Die Frühgottesdienste fallen bis auf weiteres aus. Die Abendgottesdienste (Sonntag 7 Uhr und Donnerstag ½8 Uhr) finden im Speisesaal von Gr. Bethel statt. Nur in dieser Woche fällt des musikalischen Abends wegen ein Gottesdienst aus.

Gellershausen. (Kunst- und Musikschule.) Daß ein Bedürfnis nach guter, edler Musik in den weitesten Kreisen vorhanden ist, beweist allein der starke Besuch der Konzerte. Es ist aber gewiß, daß mancher die gesuchte Befriedigung nicht immer finden kann, weil das Dargebotene sein Fassungsvermögen übersteigt, und er niemand hat, der ihm das Verständnis erschließt. Es fehlt eben für die Allgemeinheit fast gänzlich an systematischer Kunsterziehung. Neben der Veranstaltung guter Konzerte bleibt es immer eine ebenso wichtige Aufgabe, das Verständnis unserer Meisterwerke zu erschließen, nicht nur für einen kleinen Kreis Auserwählter, sondern für alle die, die das Bedürfnis dazu haben, und derer sind nicht wenige. Am gründlichsten und fruchtbarsten wird hier zu helfen sein, wenn das Verständnis der Musik von seiner natürlichen geschichtlichen und psychologischen Grundlage, vom Volkslied und von der Volksmusik aus erschlossen wird. Die Volkshochschule des Stadt- und Landkreises Bielefeld veranstaltet zu diesem Zweck für die Bevölkerung Gellershausens eine Vortragsreihe über das „Deutsche Lied“ von Lehrer Wilhelm Heidemann. Die Konzertsängerin Frau Heidemann-Woge wird die Vorträge durch Liederdarbietungen anschaulich gestalten. Der erste Vortrag beginnt am Mittwoch, den 26. November, abends 7½ Uhr im Volkshaus in Gellershausen.

Es ist nur zu wünschen, daß recht viele diese Gelegenheit benützen werden, um in unserer unvergänglichen deutschen Kunst heimisch und allmählich befähigt zu werden, sich an ihr zu erheben und zu erbauen, besonders zu Zeiten, wo alles sinkt und mankt.

Letzte Nachrichten.

Die ersten Auslieferungslisten.

Basel, 24. Nov. Die „Information“ meldet aus Paris: Der Oberste Rat der Verbündeten wird im Laufe der nächsten Wochen Deutschland die ersten Auslieferungslisten überreichen. In erster Linie werden deutsche Militärpersonen angefordert, welche angeblich nachweislich während des Krieges Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Belgien und Frankreich, sowie Plünderungen im besetzten Kriegsgebiet verübt haben.

Die Agentur Havas meldet: Die französische Regierung beschloß mit Zustimmung des Verbündetenrats, die Auslieferung der ehemaligen Gouverneure von Lille namens v. Heinrich und v. Cravenich, welche während des Krieges eine Anzahl Todesurteile vollstreckt haben. Außerdem wurden gegen mindestens 150 deutsche Offiziere Haftbefehle erlassen, denen Plünderung und Verbrechen zur Last gelegt werden.

Ein Anschlag auf Koltshaf.

Berlin, 24. November. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden bei einem Versuch, Admiral Koltshaf durch Handgranaten zu töten, 12 Soldaten verletzt und sechs getötet.

Der Friedenszustand tritt noch nicht ein.

Rotterdam, 24. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß am 22. November eine neue Forderung der Friedensratifikation bis zur Eileidigung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat beschlossen wurde.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichgasse 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heidenroth, Bethel bei Bielefeld, Postfachkonto 7332 Hannover.

Weihnachten in Bethel.

Je dunkler die Zeit und je mehr sich Lasten und Leiden häufen, desto nötiger brauchen wir alle einen Sonnenstrahl der Liebe, die durch das Kind von Bethlehem in die Welt gekommen ist. Wer möchte solches Licht nicht vor allem denen gern bringen, die durch Krankheit oder Einsamkeit besonders leiden müssen!

Fast 4500 Kranke aller Art, darunter mehrere hundert schwerverwundete und zum Teil aus langer Gefangenschaft heimgekehrte Soldaten wollen wieder in den Häusern von Bethel Weihnachten feiern.

Wer hilft uns, ihnen eine Freude zu bereiten? Alles ist uns willkommen, besonders Kleidungsstücke, Spiele, Bilder, Bücher, Zigaretten und Tabak oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unserer Hand sind, um so lieber ist es uns!

Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße

J. v. Bodelschwingh, P. Bethel bei Bielefeld, im November 1919. Postfachkonto: 1904 Hannover.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

Bildet Sekretäre für die christlichen Gemeindefürsorge aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gemeindefürsorge. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und nun sich ausbilden lassen, sei es als Diakon, Gemeindefürsorge, Jugendpfleger, Missionsdiakon oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule D. Jaeger.